

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

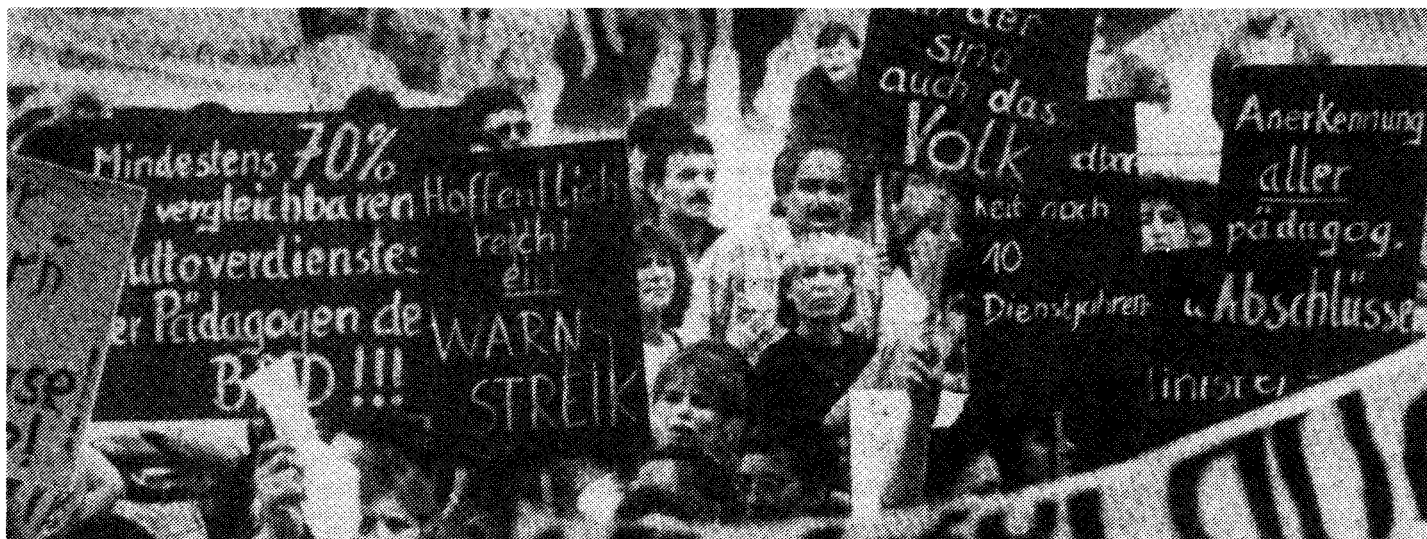


Nr. 71

22. MAI 1990

DM 1,- / 1 Mark der DDR

Für Klassenkampf gegen ein Viertes Reich! Warnstreikwelle in der DDR



Berlin, 10. Mai: Streikende protestieren vor Volkskammer

ND/Leon Schmidtke

Am 18. Mai rasten Kohls Quislinge, einschließlich SPD-Finanzminister Romberg, aus der Volkskammer ins Kanzleramt nach Bonn, um den sogenannten „Staatsvertrag“ für die kapitalistische Wiedervereinigung zu unterzeichnen. Kohl erklärte, daß nach Jahrzehnten nun der „Traum von der Einheit Deutschlands und Europas“ beginne. Sein Lakai de Mazière versprach ekstatisch: „Niemandem wird es schlechter gehen als bisher.“ Das ist purer Quatsch. Wir wissen es, ihr wißt es, und viele eurer Kollegen auch. Die „Warnstreiks“ überall in der DDR am 10. Mai zeigen, daß es Zehntausende gibt, die schon jetzt bereit sind, gegen den Alptraum zu kämpfen, den Kohl und seine Handlanger vorbereiten.

Der Staatsvertrag verlangt die endgültige Auslöschung von allem, was vom deformierten Arbeiterstaat DDR übrig bleibt: die Vernichtung der zehntgrößten Industriemacht der Welt. Dieser Triumph des Privateigentums bedeutet die Zerstörung der umfassenden Sozialleistungen, der kostenlosen Gesundheitsversorgung einschließlich kostenloser Abtreibung und der kostenlosen Erziehung. Selbst ein Lippenbekenntnis zum Recht auf Arbeit wurde gestrichen.

De Mazières Seifenblasen zum Trotz: selbst ein kürzlich veröffentlichter CIA-Bericht über Osteuropa gibt zu, daß die Einführung des Kapitalismus in der DDR 15 bis 20 Prozent Arbeitslosigkeit mit sich bringen würde – und dies ist noch eine niedrige Schätzung. Der Bericht grübelt darüber, daß mit „einem anhaltenden Rückgang des Lebensstandards das Risiko öffentlicher Proteste wächst...“ (*International Herald Tribune*, 17. Mai) DSU-Innenminister Diestel rechnet bereits mit diesen „öffentlichen Protesten“ bei geschätzten „2,5 bis 4 Millionen“ Arbeitslosen und fordert eine Aufstockung des Waffenbudgets für die

Volkspolizei in Höhe von 44 Millionen Mark. Gemäß der guten alten Tradition des freien Unternehmertums, „laßt doch die Armen Blei fressen“.

Aber die Werktätigen auf der ganzen Welt erschauern bei der Perspektive eines Europas, das unter einem Vierten Reich vereinigt wird. Und Millionen von Arbeitern in der DDR beginnen wieder aufzuwachen aus der D-Mark-Vergiftung, die für die Volkskammerwahlen charakteristisch war. Am 10. Mai fanden einstündige Warnstreiks der Gewerkschaften der Lehrer, von Textil, Metall und Landwirtschaft statt. In Rostock legten die Arbeiter im Dieselmotorenwerk und auf der Neptunwerft für Protestversammlungen die Arbeit nieder. Bauern blockierten mit Traktoren und Anhängern elf Grenzübergänge zur BRD. In Berlin zogen 2000 Gewerkschafter, hauptsächlich Lehrer, zum Bildungsministerium und zur Volkskammer und forderten „Stoppt den Sozialabbau“.

Eine Woche später traten Reichsbahner in einem halben Dutzend Städte in Warnstreiks, um ihrer Forderung nach 300 M Lohnerhöhung angesichts der drohenden Preisexplosion Nachdruck zu verleihen. Doch auch wenn sie dies durchsetzen können, würden diese Verbesserungen im Nu von der Inflation wieder zunichte gemacht werden. Aber die Eisenbahner haben eine wirkliche soziale Macht, die mit ihrer Mobilisierungskraft den eher verwundbaren Teilen der Werktätigen zur Seite stehen können.

Obwohl „Warnstreik“-Taktiken den Ansturm des Kapitals nicht aufhalten können, sind diese Streiks das erste Aufleben von Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung. Was gebraucht wird, ist eine Strategie und ein Programm, das

Fortgesetzt auf Seite 7

Aus dem Archiv des Marxismus

Leo Trotzki über „Sozialismus in einem Land“

Der dramatische Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa stellt den Schlußpunkt einer Entwicklung dar, der die Widersprüche, die in diesen bürokratischen Kasten angelegt waren, zutage bringt. Die Ursprünge der Bürokratie liegen in der politischen Konterrevolution in der Sowjetunion 1923/24 unter der Führung Stalins. Nachdem sie der Arbeiterklasse die politische Macht aus den Händen gerissen hatte, hat eine konservative bürokratische Schicht die nationale Isolierung, die dem ersten Arbeiterstaat durch den Fehlschlag bei der Ausweitung der sozialistischen Revolution auf andere Länder aufgezwungen worden war, zu einem sich selbst erfüllenden Programm gemacht. Es wurde von den Autoren Stalin und Bucharin Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ genannt. Dies war dem leninistischen Programm des proletarischen Internationalismus entgegengesetzt, das davon ausging, daß das Überleben der Oktoberrevolution von der Ausweitung durch Arbeiterrevolution abhängt. Für dieses Programm haben Leo Trotzki und die Linke Opposition gekämpft. In einer Kritik des Programmentwurfs für den Sechsten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1928 hat Trotzki die reaktionären Implikationen von Stalins und Bucharins nationalistischem Dogma analysiert. Wir drucken im folgenden Auszüge aus Trotzki's Arbeit Die Dritte Internationale nach Lenin ab.

Die Stunde der nationalen Programme hatte zum letzten Male am 4. August 1914 geschlagen. Eine revolutionäre Partei des Proletariats kann sich nur auf ein interna-

tionales Programm stützen, welches dem Charakter der gegenwärtigen Epoche, der Epoche des endgültigen Zusammenbruchs des Kapitalismus, entspricht. Ein internationales kommunistisches Programm ist auf keinen Fall eine Summe nationaler Programme, eine Zusammenstellung deren gemeinsamer Züge. Ein internationales Programm muß unmittelbar aus der Analyse der Bedingungen und Tendenzen der Weltwirtschaft und des politischen Weltsystems als eines Ganzen hervorgehen, mit all ihren Verbindungen und Widersprüchen, d. h. mit der gegenseitigen antagonistischen Abhängigkeit ihrer einzelnen Teile. In der gegenwärtigen Epoche muß und kann die nationale Orientierung des Proletariats in noch viel größerem Maße als in der vergangenen nur aus der internationalen Orientierung hervorgehen und nicht umgekehrt. Das bildet den grundlegenden und ursächlichen Unterschied zwischen der Kommunistischen Internationale und allen Abarten des nationalen Sozialismus. . .

Die Weltwirtschaft, die durch so mächtige Realitäten die Wirtschaften der einzelnen Länder und Kontinente beherrscht, verbindet Länder und Kontinente, die auf verschiedenen Stufen der Entwicklung, der Abhängigkeit und der Widersprüche stehen. Sie gleicht diese einander in der Entwicklung an und trennt sie gleichzeitig unerbittlich, indem sie ein Land dem anderen entgegenstellt. Das ist der Hauptfaktor, der der Idee der kommunistischen Weltpartei selbst einen hohen realen Wert verleiht. . .

Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, wenn nur nicht eine Intervention dazwischenkommt. Daraus kann und muß trotz aller feierlichen Versicherungen in dem Programm unbedingt eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen. Das Ziel ist die Umgehung einer Intervention, denn dadurch wird ja der Aufbau des Sozialismus gesichert, d. h. also eine historische Grundfrage gelöst. Die Aufgaben der Parteien der Komintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die UdSSR vor einer Intervention schützen und nicht etwa für die Eroberung der Macht kämpfen. Es handelt sich hierbei natürlich nicht um subjektive Absichten, sondern um die objektive Logik des politischen Gedankens.

„Die Meinungsverschiedenheit besteht hier darin“, spricht Stalin, „daß die Partei es für möglich hält, diese inneren Widersprüche und möglichen Konflikte voll und ganz aus der eigenen Kraft unserer Revolution heraus zu überwinden, während der Gen. Trotzki und die Opposition meinen, daß diese Widersprüche und Konflikte nur ‚im internationalen Maßstab in der Arena der internationalen proletarischen Revolution‘ gelöst werden können.“ (Prawda Nr. 262, vom 12. November 1926)

Richtig, die Meinungsverschiedenheit besteht gerade darin. Besser und genauer könnte man den Widerspruch zwischen dem Nationalreformismus und dem revolutionären Internationalismus gar nicht aufzeichnen. Wenn man diese

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern
der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin),
Toralf Endrueit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes,
Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz
(verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen,
2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;

Fax: (040) 33 01 54

Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48

Postfach 21 07 50, 1000 Berlin 21

Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Abonnement (8 Ausgaben): DM 10,- / 10 Mark der DDR

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der
Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR

ISSN 0173-7430

Abscheuliche antisemitische Greuelthat in Frankreich

In der Nacht zum 9. Mai hat eine Horde von antisemitischem Abschaum auf dem jahrhundertealten jüdischen Friedhof von Carpentras, einer südfranzösischen Stadt mit einem historischen jüdischen Zentrum, 434 Gräber geschändet. Die faschistischen Bestien zerschlugen Grabsteine, öffneten Gräber und zerstörten Grabschmuck. Mit unbeschreiblicher Grausamkeit gruben sie auch die Leiche eines 81jährigen Mannes wieder aus, der erst vor zwei Wochen gestorben war, und spießten sie auf einen Pfahl.

Die Nachricht über diese monströse faschistische Provokation hat durch ganz Frankreich Schockwellen gesendet. Hunderttausende von Juden und anderen empörten Menschen strömten in den folgenden Tagen auf die Straßen.

Diese unbeschreibliche Barbarei ist kein isolierter Akt von verrückten Individuen. Am 1. Mai kündigte der Anführer der faschistischen Nationalen Front Jean-Marie Le Pen vor über 10 000 Anhängern „Marschbefehle“ für den Fall eines (weiteren impotenten) „antirassistischen“ Gesetzes an, wie es auch einige Tage später vom Parlament verabschiedet wurde. Noch am Vorabend der Carpentras-Schandtat tobte Le Pen im Fernsehen gegen die „Machtposition“ der Juden in der Presse und erklärte, daß

unsere inneren Schwierigkeiten, Widerstände und Widersprüche, die im Grunde den Spiegel der internationalen Widersprüche bilden, mit den „eigenen Kräften unserer Revolution allein“ lösen kann, ohne „daß man in die Arena der internationalen Revolution steigt“, so ist also die Internationale zum Teil lediglich eine Hilfsorganisation und zum Teil eine Prunkorganisation, deren Kongresse sich alle vier oder zehn Jahre oder auch überhaupt nicht zu versammeln brauchen. Selbst wenn man betont, daß das ausländische Proletariat unseren Aufbau vor einer militärischen Intervention bewahren soll, so spielt die Internationale nach diesem Schema lediglich die Rolle eines *pazifistischen* Instruments. Ihre Hauptaufgabe, die Waffe der internationalen Revolution zu sein, tritt dabei unabwendbar in den Hintergrund. Und das alles — wir wiederholen es — geschieht nicht mit irgendwelcher bewußter Absicht —, denn, im Gegenteil, eine ganze Reihe von Stellen im Programm zeugen von den besten Absichten ihrer Verfasser —, sondern als Folge der inneren Logik der neuen Theorie. Und das ist noch tausendmal gefährlicher, als auch die schlechtesten subjektiven Absichten es sein könnten. . .

Ohne eine siegreiche internationale proletarische Revolution werden wir niemals den Sozialismus aufbauen können. Das müssen die europäischen Arbeiter und die Arbeiter der ganzen Welt klar begreifen. Gewiß hat der Hebel des wirtschaftlichen Aufbaus eine ungeheure Bedeutung. Bei einer falschen Leitung desselben würde die Diktatur des Proletariats geschwächt werden. Der Fall der Diktatur würde aber für die internationale Revolution einen solchen Schlag bedeuten, von dem sie sich im Laufe einer langen Reihe von Jahren nicht erholen würde. Allein die Entscheidung des grundsätzlichen historischen Streites zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Welt hängt von dem zweiten Hebel ab, d. h. also von der internationalen proletarischen Revolution. Die kolossale Bedeutung der Sowjetunion liegt darin, daß sie den Stützpunkt der Weltrevolution bildet, ganz unabhängig davon, ob sie imstande sein wird, den Sozialismus aufzubauen oder nicht. ■

der Vichy-Führer Petain, der die Juden von Frankreich in die Todeslager geschickt hatte, nach dem Krieg „mit Unrecht überhäuft“ worden sei. Mit diesem bewußt grausigen Verbrechen haben die faschistischen Schocktruppen ihrem Anführer geantwortet: „Führer befehl, wir folgen!“

Einige Tage später wurde ein weiterer jüdischer Friedhof in Clichy-sous-Bois, einem Vorort von Paris, geschändet. Und in der Bretagne wurden Davidsterne auf Geschäfte geschmiert. Auch in den Wochen vor dem 9. Mai sind jüdische Grabstätten geschändet worden; in mehreren Städten wurden Schaufensterscheiben mit Hitlerbildern und Sprüchen wie „Juden raus“ beschmiert. Als die Gräber von Bertolt Brecht und Helene Weigel kurz davor in Berlin von Faschisten geschändet wurden, waren viele Menschen in Frankreich entsetzt. Jetzt, wo in ganz Osteuropa die Konterrevolution auf dem Vormarsch ist, zeigt sich, „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

Die rassistische Woge gegen Immigranten, die dem allgegenwärtigen Antisemitismus Auftrieb gibt, auf der Le Pen reitet, schwoll rapide an, nachdem der „Sozialist“ Mitterrand im Mai 1981 als Anführer einer Volksfront des Kalten Krieges gewählt worden war. Ein Jahr später zettelte der Premierminister Pierre Mauroy eine üble rassistische Kampagne gegen streikende Autoarbeiter aus dem Maghreb (in Nordafrika) an. Diese Arbeiter mußten eine ganze Reihe von Deportationen, diskriminierenden Maßnahmen und Polizeimorden über sich ergehen lassen. Die rassistischen Polizei-Killer kommen dabei fast nie vor Gericht und immer ohne Strafe davon. Die maghrebini-schen Arbeiter, die seit Jahrzehnten schufteten mußten und der Kern der französischen Industriearbeiterschaft sind, wurden in die verfallenden Projekte des „sozialen Wohnungsbaus“ in die Vorort-Gettos gepfercht, die für ihre meist arbeitslosen Kinder zum Gefängnis geworden sind.

Die traditionellen reformistischen Arbeiterorganisationen wie die Kommunistische Partei (KPF) und die von Stalinisten angeführte Gewerkschaft CGT sind in der Arbeiterklasse wegen ihrer Teilnahme und Unterstützung der ersten Mitterrand-Regierung (die sie immer noch aufrechterhalten) weitgehend diskreditiert. Die Stalinisten können und wollen Immigranten und Arbeiter aus dem Maghreb nicht organisieren. Sie lehnen es ab, die Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistischen Schlägerbanden zu mobilisieren, stattdessen beteiligen sie sich an impotenten Schweigemärschen der kapitalistischen Parteien und stimmen in den Chor der chauvinistischen Beschwörung der sogenannten „Werte des ewigen Frankreichs“ ein.

Die Ligue Trotskyste de France hat von Anfang an in Opposition zur Volksfront von Mitterrand gestanden. Sie stellt diesem „Sozialismus“ in den Farben der Trikolore die internationalistische Tradition des Kampfes gegen den französischen Kolonialismus und der sozialistischen Mobilisierungen der Arbeiterklasse in der Dreyfus-Affäre entgegen. Bei den Protestdemonstrationen in Paris in der letzten Woche haben unsere Genossen erklärt: Die antisowjetische, arbeiterfeindliche und gewerkschaftsfeindliche Politik von Mitterrand hat den Faschisten den Weg bereitet! Nieder mit der Gettoisierung und dem rassistischen Terror! Polizei raus aus Immigrantenvierteln! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien! *Mobilisierungen der Arbeiterklasse jetzt — Zerschlagt die Faschisten, ehe sie uns zerschlagen!* ■

Für Arbeitermobilisierungen – Verteidigt ausländische Arbeiter! Mosambikaner von Faschisten angegriffen

Mit Steinen, Flaschen und Messern griffen Nazibanden an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden in der Nacht ein Arbeiterwohnheim im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg an. Mit rassistischem Gebrüll wie „N---r raus, Ausländer raus“ versuchten sie, das hauptsächlich von Mosambikanern bewohnte Arbeiterheim zu stürmen. Die ausländischen Arbeiter mußten sich in ihrem Haus verbarrikadieren, selbst nach dem Auftauchen der Polizei dauerten die Angriffe noch bis in die frühen Morgenstunden. Eine Woche davor war am 1. Mai in Hoyerswerda ein Mosambikaner von braunen Schlägertrupps überfallen und krankenhaushausreif geschlagen worden, anschließend kam es zu Straßenschlachten und das Wohnheim der Arbeiter wurde angegriffen. Mehrere Mosambikaner wurden verletzt.

Diese tödlichen Angriffe sind eine weitere grauenhafte Eskalation des Nazi-Skinhead-Terrors in der DDR, der mit kapitalistischer Restauration und deutschem Nationalismus hochkommt. Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei besuchten das Wohnheim in Lichtenberg und sprachen mit den mosambikanischen Arbeitern, die größtenteils bei KWO und im Kühlbetrieb arbeiten. Außerhalb ihres engen Wohnheims und ihrer Betriebe können diese Arbeiter sich nur noch in Gruppen in den Straßen bewegen, sie berichteten von einer ungeheuerlichen Steigerung der Drohungen und Angriffe, abends müssen sie sich einschließen.

Bei unseren Verkäufen vor KWO sprachen wir mit vielen Arbeitern, die über diese Angriffe entsetzt waren. Einige nahmen Stapel unserer portugiesischen Übersetzung

von „Was wollen die Spartakisten“ (siehe Seite 15), um sie an ihre Kollegen weiterzugeben. Was dringend notwendig ist, sind organisierte Arbeiter-Schutzgruppen von KWO, Kühlbetrieb und anderen Betrieben, die die Wohnheime der ausländischen Werktätigen gegen faschistische Angriffe verteidigen. Dies könnte für die Arbeiter in der ganzen DDR ein Beispiel geben, wie der braune Dreck von den Straßen geräumt werden kann.

Nachfolgend drucken wir einen Brief ab, den die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands in Solidarität an Mosambikaner in Hoyerswerda geschrieben hat.

Berlin, den 7. Mai 1990

Liebe Freunde!

Mit Empörung haben wir heute von dem Überfall am 1. Mai auf Euch erfahren. Dieser Angriff stellte eine feige faschistische Provokation dar. Wir verurteilen alle Angriffe auf Euch, möchten unser Mitgefühl aussprechen und wünschen Eurem verletzten Genossen eine schnelle Genesung.

Schon unter der Honecker-Regierung habt Ihr unter schlechten Wohnbedingungen leben müssen und wart Beschimpfungen ausgesetzt. Und nun, mit den Bestrebungen der deutschen Imperialisten und ihrer Handlanger, ein Viertes Reich zu errichten, erhebt die braune Pest ihr Haupt. Die Nazis/Skinheads sind die Fronttruppen, die

Fortgesetzt auf Seite 7

Hoch der 15. Jahrestag der Befreiung Vietnams!

Ein Bild, das sich im Gedächtnis einer ganzen Generation eingebrannt hat, ist die Szene, als die Spione und Killer des US-Imperialismus verzweifelt miteinander kämpften, um in den letzten Hubschrauber zu kommen, der vom Dach der Botschaft in Saigon abflog. Die endgültige Befreiung Saigons (umbenannt in Ho-Chi-Minh-Stadt) am 30. April 1975 durch die Kräfte der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront war ein Sieg für die Werktätigen auf der ganzen Welt und ein Ansporn für eine gesamte Generation radikalierter Jugend. Sie bedeutete den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in Südvietnam und beendete 30 Jahre Bürgerkrieg gegen Kolonialismus, Imperialismus und deren lokale Verbündete. Die Spartacist League/U.S., die in der amerikanischen Arbeiterklasse für Solidarität mit der vietnamesischen Revolution gekämpft hat, schrieb damals:

„Wir bejubeln diese überwältigende Niederlage des US-Imperialismus, die erste in einem größeren Krieg in diesem Jahrhundert, und grüßen den Sieg unserer Klassenbrüder und -schwestern in internationalistischer Solidarität.“ (*Workers Vanguard* Nr. 68, 9. Mai 1975)

Dieser historische Sieg sollte heute den Arbeitern in der DDR als Ansporn dienen, die mit dem Drang des deutschen Imperialismus nach kapitalistischer Wiedervereinigung konfrontiert sind. Tausende von vietnamesischen Arbeitern, die im Augenblick in der DDR arbeiten, müssen jetzt schon erfahren, was ein Viertes Reich bedeuten würde. Sie sind zunehmend rassistischen Terror ausgesetzt, sie haben miserable Wohn- und Arbeitsbedingungen, und sie sind von diskriminierenden Entlassungen und der Drohung der Abschiebung in ihr Heimatland bedroht.

Der heroische Kampf der vietnamesischen Arbeiter und

Bauern, der Millionen Tote und Verkrüppelte gekostet hat, hat der Sowjetunion wertvolle Zeit eingebracht, um mit den USA ein nukleares Gleichgewicht zu erzielen, das die kriegslüsternden Verrückten im Weißen Haus zur Zurückhaltung gezwungen hat. Der Kreml zahlt dies damit zurück, daß er die jetzt schon minimale militärische und wirtschaftliche Unterstützung weiter verkürzt und Druck auf Vietnam ausübt, die Truppen aus Kambodscha abzuziehen und den Imperialisten eine Konzession nach der anderen zu machen. Die zehnjährige Intervention von Vietnam in Kambodscha hat die Khmer vor Pol Pots Völkermord gerettet und diesem Land wieder eine Zukunft gegeben.

Ohne die bewußte Intervention der Arbeiterklasse unter der Führung einer leninistisch-trozkistischen Partei hat die Revolution in Vietnam eine Gesellschaft hervorgebracht, wo der Kapitalismus gestürzt worden ist, wo jedoch anstelle der Arbeiter eine privilegierte Kaste an der Macht ist. Wir gedenken der trozkistischen Märtyrer – von denen viele von den französischen Kolonialisten hingemetzelt wurden –, die 1945 den Massenaufstand in Saigon anführten, und ihres Führers Ta Thu Thau, der auf Anordnung Ho Chi Minhs von den Stalinisten ermordet wurde. Wie ihr sowjetisches Gegenstück suchen die vietnamesischen Stalinisten nach „friedlicher Koexistenz“ mit ihren imperialistischen Folterern. Aber Washington hat sich nie mit der entwürdigenden Niederlage in Vietnam abgefunden und hat seitdem versucht, die vietnamesische Revolution auszuhungern und zu begraben. Es ist die Pflicht der Arbeiterklasse der ganzen Welt, sich die Verteidigung der vietnamesischen Revolution zu eigen zu machen. Und für die Arbeiter in der DDR beginnt dies mit der Verteidigung ihrer vietnamesischen Arbeiter hier. ■

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Arbeiter der Deutschen Reichsbahn: Zeigt eure Stärke!

Am Donnerstag, dem 17. Mai, fanden Warnstreiks von Arbeitern in Leipzig, Gera, Karl-Marx-Stadt, Stendal, Bitterfeld, Templin, Rostock und Magdeburg statt. In Rostock sind daraufhin Arbeiter mit Disziplinarmaßnahmen bedroht worden. Solchen Provokationen gegen die Arbeiterklasse durch die Lakaien der kapitalistischen Wiedervereinigung muß Widerstand entgegengesetzt werden durch solide Streikaktionen in der ganzen DDR, mit Appellen an die westdeutschen Eisenbahnarbeiter, sich ihnen anzuschließen. Im folgenden drucken wir einen Bericht aus der Deutschen Reichsbahn aus Berlin ab.

Letzte Woche mußten Gleisbau-Arbeiter unter heißer Sonne 13-Stunden-Schichten schieben, weil es auf der Strecke nach Rostock einen Unfall gegeben hatte. Vietnamesische Arbeiter hatten sofort eine 12-Stunden-Nachtschicht einlegen müssen, weil sie alle an einer Stelle konzentriert wohnen und man sie schnell und ohne lange Vorankündigung zusammentrommeln kann. Die Eisenbahn heißt immer noch Reichsbahn und es sieht ganz danach aus, jetzt, wo der Zusammenschluß mit der Bundesbahn bevorsteht, als ob sie den Namen in Vierte-Reichs-Bahn ändern wollten.

Eine neue Gruppe polnischer Kollegen ist für einen Monat hier, weil es in Polen, das jetzt von der von Solidarność geführten Regierung ausgeblutet wird, keine Arbeit gibt. Sie können nicht deutsch sprechen, sie werden in einem separaten Raum gehalten und haben andere Schichtwechsel. Ein älterer deutscher Arbeiter ist abgestellt worden, ihrer Gruppe/Brigade jeden Tag zu helfen, ansonsten haben sie ihren eigenen Vorarbeiter, der dem Meister berichtet, und einen Übersetzer. Das Ergebnis ist, daß die deutschen Arbeiter, die, wie auch sonst jeder in der DDR, Angst vor Arbeitslosigkeit haben, gegen die polnischen Arbeiter aufgehetzt werden. Es hat von einigen

deutschen Arbeitern immer wieder rassistische Kommentare gegeben, seit die Polen angekommen sind. Solch ein Rassismus stellt eine tödliche Gefahr dar für die Interessen aller Arbeiter.

Aber man kann doch einen merklichen Umschwung sehen, in der Art und Weise, was die Leute so sagen, verglichen mit der Zeit vor ein paar Wochen. Damals sind sie die Anzeigen der neuesten Ausgaben der West-Zeitungen durchgegangen und haben von BMWs und Ferienflügen geträumt. Jetzt haben sie mitgekriegt, daß sie bei 1:1 reichlich schlecht wegkommen, und die Stimmung schwankt zwischen Enttäuschung und Angst. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß es ein massives Ausbauprogramm gibt. Die Reichsbahn stellt nicht nur neue Leute ein und im Austausch immer neue „Gastarbeiter“, sondern zwingt die Arbeiter auch zu Überstunden, zum Teil bis zu 12 Stunden. Dies steht im Gegensatz zu fast allen Berliner Fabriken, wo Massenentlassungen geplant sind!

Vor diesem Hintergrund sind die Warnstreikdrohungen der Gewerkschaft der Eisenbahner zu sehen. Sie mögen ihre eigenen Gründe haben, und sie sind durchaus ernstzunehmen. Gleichzeitig war es der Vorsitzende der Eisenbahner Peter Rothe, der die Auflösung des FDGB verkündet hat. Die GdE führt die Seite der Spaltung an, die für den Anschluß an den DGB ist, und Rothe macht im Osten dafür mobil. Man kann immer noch sehen, wie massiv die SPD vor den Wahlen unter den Arbeitern herumgemacht hat, viele haben für die SPD gestimmt.

Die Hauptforderung des GdE ist eine pauschale Lohnerhöhung von 300 Mark, selbst dann würden die Gleisbauer im Monat nur 1000 Mark verdienen. Und jetzt zwingt man sie, 12 Stunden zu arbeiten. Das werden sie nicht lange mit sich machen lassen, und mit 1000 D-Mark kann man auch keine Bäume ausreißen. So wie die Dinge liegen, könnten die möglicherweise bevorstehenden Streiks der SPD sehr schnell aus der Kontrolle geraten. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter bei Reichsbahn und BVB ihre Kraft zeigen. Notwendig dafür ist eine politische Perspektive der Opposition gegen kapitalistische Wiedervereinigung.

Rostock: Keine Schließung von Freizeitzentren!

Im Dezember dieses Jahres wird das Rostocker Schülerfreizeitzentrum (ehemaliges Haus der Pioniere „Karl Liebknecht“) 40 Jahre alt.

In diesen 40 Jahren haben es sich die Pädagogen dieser Einrichtung zur Aufgabe gemacht, Kindern und Jugendlichen bei der Freizeitgestaltung behilflich zu sein, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten weiterzuentwickeln und zu fördern. Man konnte jederzeit kommen, in der Schulzeit, in den Ferien, sogar am Wochenende. Um das zu ermöglichen, nahmen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Arbeitszeiten von teilweise bis zu 12 Stunden in Kauf.

Damit wurden Tausende von Kindern und Jugendlichen davor bewahrt, daß sie — oft von Gleichaltrigen und Eltern allein gelassen — seelisch und moralisch verrotteten.

Und dieses Jahr soll das 40. Jubiläum gefeiert werden. Traditionell dauert das Fest zwei Tage, an denen sich die Kinder und Jugendlichen über die Arbeit der jeweiligen anderen Arbeitsgemeinschaften und Klubs informieren können.

Doch in diesem Jahr wird es das alles wohl nicht mehr geben. Seit der Wende an der Spitze unseres Staates fehlt

es an allen Ecken und Enden an Geld. Das Schülerfreizeitzentrum kämpft um sein Überleben. Im Juli werden die ersten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zwangsweise entlassen werden, Klubs und Arbeitsgemeinschaften werden umstrukturiert (das geschah das letzte Mal im September 1989), und ab September 1990 soll für jedes AG- oder Klubmitglied ein Pflichtbeitrag von 10 Mark jährlich eingeführt werden. Weitere Maßnahmen werden folgen.

Und das alles ist kein Einzelfall. Einige ehemalige Pionierhäuser wurden bereits geschlossen, Betriebsferienlager wurden zu Wohnunterkünften für Arbeiter umfunktioniert. Und das geht Tag für Tag so weiter.

Die Schließungen dieser Einrichtungen sind Teil des Vorstoßes zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Unsere Errungenschaften sind in Gefahr! Die Arbeiter müssen als Klasse organisiert werden, um diese Errungenschaften zu verteidigen!

Im Namen der Spartakist-Arbeiterpartei rufe ich euch auf:

- Eltern! Kämpft für eure Kinder!
- Kämpft für eure Freizeitzentren und Ferienlager!
- Schließt euch zusammen mit den Arbeitern im Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und ihres Lebensstandards und gegen den Vorstoß des Kapitals!

J. O., SpAD Rostock

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Versammlung in Halle fordert: Mumia Abu-Jamal darf nicht sterben!

Mumia Abu-Jamal sitzt in einer Todeszelle des Huntingdon-Gefängnisses im Staat Pennsylvania, USA, und wird mit Hinrichtung bedroht für seinen jahrelangen Kampf als schwarzer politischer Journalist und Aktivist gegen den rassistischen amerikanischen Kapitalismus, den er in der Black Panther Party begann (siehe *Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 28, 20. März). Mumia zog besonders für seine klare Verteidigung der schwarzen Kommune MOVE in Philadelphia den wutentbrannten Zorn der Stadtverwaltung auf sich. Am 13. Mai 1985 bombardierte die Polizei MOVE; dabei ermordete sie in einem Flammenmeer elf Menschen, darunter fünf Kinder, und brannte ein ganzes Wohnviertel von Schwarzen nieder. Für das „Verbrechen“, das Massaker überlebt zu haben, sitzt Ramona Africa, ein Mitglied von MOVE, im Gefängnis.

Der Fall Mumia Abu-Jamal ist zu einem Brennpunkt internationaler Aufmerksamkeit geworden, massenweise treffen Unterschriftenlisten ein, aus Ländern in ganz Westeuropa und vor kurzem auch aus Polen. In Deutschland mobilisieren die AGIPA-Press in Bremen und das Komitee für soziale Verteidigung, eine klassenkämpferische nicht-sektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die politisch mit der Spartakist-Arbeiterpartei

verbunden ist, aktiv für die Verteidigung von Mumia. Am 13. Mai, dem fünften Jahrestag des Massakers an MOVE, machte der Jugendklub „Zepziger Weg“ in Bernburg eine Geldsammlung für Mumia, die vom Kandidaten der Spartakist-Arbeiterpartei zur Volkskammerwahl im Bezirk Halle organisiert worden war. Im Anschluß an einen Bericht über den Fall Mumia wurden 187,17 Mark für seine Verteidigung gesammelt und ein Brief wurde an den Gouverneur Casey von Pennsylvania geschickt, in dem 100 Menschen Mumias Freiheit fordern. Nachstehend drucken wir den Brief ab. Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Weitere Informationen über: KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 111748, 2000 Hamburg 11.

An den Gouverneur von Pennsylvania, Harrisburg

Werter Gouverneur Casey!

Bernburg, den 11.05.90

Auf einer Veranstaltung wurde uns das Schicksal von Mumia Abu-Jamal nahegebracht. Wir, der Jugendklub „Zepziger Weg“ aus Bernburg und alle Besucher, 100 Bürger der DDR, sind zutiefst betroffen und erschüttert über das Leid des Mannes und können Ihr Handeln nicht verstehen und schon gar nicht billigen. Wir bitten und fordern zugleich Gerechtigkeit und die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal.

Jugendklub „Zepziger Weg“,
Zepziger Weg, Bernburg 4350

Wenn man sich dieses alles unter dem Strich genau ansieht, heißt das folgendes: Nach der Währungsunion sollen eine Reihe von Arbeitern wegrationalisiert werden, damit der Rest doppelt soviel Arbeitskraft aufwenden muß und das Ganze natürlich für weniger Lohn, damit der Betrieb auch nicht untergeht in der Marktwirtschaft.

Nun, wie wäre es vielleicht mit einer anderen Version, Herr Dellheim? Vielleicht wissen wir, die SpAD, eine Lösung für eine funktionierende Wirtschaft. Unser Vorschlag: Die Arbeiter des Betriebes bilden ein Fabrikkomitee, welches die Leitung des Betriebes übernimmt und einen Plan entwickelt zur verbesserten Nutzung des Betriebes. Und daß Sie, Herr Dellheim, und ihre Direktoren, welche seit Jahren ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt haben und es kaum unter der Marktwirtschaft lernen werden, „rentabel“ zu wirtschaften, wegrationalisiert werden, anstatt der vietnamesischen Arbeiter und später der deutschen Arbeiter. Wo Sie ja ohnehin untergehen werden, dürfte es Ihnen ja nichts ausmachen, vorneweg den Hut zu nehmen und den Arbeitern den Betrieb zu überlassen. Des weiteren sollten die Arbeiter Räte bilden, die die Produktion planen und verteilen und deren oberster Rat die Regierung bildet.

Nur die Arbeiter können entscheiden, was gut und richtig für sie ist; und sie werden es auch sein, die in der Lage sind, die Wirtschafts- und Lebensbedingungen zu verbessern. Das Kapital und die Mächtigenkapitalisten werden das nie schaffen. Im Gegenteil: Sie werden die Wirtschaft sich aneignen auf Kosten anderer Völker, die sie ruinieren, bis sie in einem neuen Krieg alles vernichten, um ihre Profitgier zu stillen. Drum wehrt euch, Arbeiter! Handelt nach dem Marx'schen Lehrsatz: Proletarier aller Länder vereinigt euch! ■

Berlin: Chauvinismus des Betriebsdirektors von BWF

Der folgende Bericht über BWF wurde uns zur Veröffentlichung in Spartakist übergeben.

In der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik fand am 18. Mai eine Belegschaftsversammlung statt, auf der der Betriebsdirektor Fred Dellheim und sein sozialdemokratischer Freund, der BGL-Vorsitzende, sprachen. Sie waren der Meinung, wie Herr Dellheim es formulierte: Er wolle hier keinen Ausländerhaß sehen, keinen Nationalismus und auch keinen Rassismus. Aufgrund der schwierigen Situation habe er mit dem Amt für Arbeit Kontakt aufgenommen, um die Vietnamesen auf andere Betriebe zu verteilen, und sie auch nach Möglichkeit in die Heimat zurückzuschicken.

Dies ist ekelerregender Chauvinismus, der hier verbreitet wird. Dazu kommt noch, daß die Vietnamesen allerorts auf Betriebe verteilt wurden, die sie dann zwei Wochen später auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen wieder rausschmeißen.

Des weiteren erklärten sie, daß der Transfer-Rubel im Wert halbiert wird, wodurch die Einnahmen bis Jahresende um die Hälfte sinken und dem Betrieb ein Verlust von 20 Millionen entstehen würde, den er von der Regierung einklagen will. Trotzdem müssen wir mehr arbeiten, damit der Betrieb „rentabel“ bleibt, um nicht vom Kapital geschluckt zu werden. Umfassende Rationalisierungsmaßnahmen sind geplant, um Profit zu erwirtschaften. Zugleich will der Betrieb mit anderen Schleifmaschinenherstellern ein Bündnis gegen die Privatunternehmen abschließen, um nicht aufgekauft und stillgelegt zu werden.

Mosambikaner...

Fortsetzung von Seite 4

Schlägerbanden der kapitalistischen Wiedervereinigung und damit der Konterrevolution. Ein wiedervereinigtes Deutschland auf kapitalistischer Basis bedeutet auch ein Wiederaufsteigen des deutschen Nationalismus. Und während das Kapital den Ausverkauf unserer Errungenschaften organisiert und die Arbeiter unter dem Deckmantel einer Währungsunion ins Elend stürzen will, werden Ausländer, Homosexuelle und Linke von organisierten faschistischen Horden überfallen. Auch im Westen nimmt der rassistische, antisemitische Terror weiter zu. Es gibt ständige Angriffe des bürgerlichen Staates auf Roma und Cinti. Und mit den neuen Ausländergesetzen wird versucht, allen eingewanderten Arbeitern, Studenten usw., insbesondere den türkischen Kollegen, das Leben zur Hölle zu machen.

Nur eine Massenmobilisierung der Arbeiter kann mit dem Nazipack aufräumen, d. h. es reicht nicht aus, wenn wenige mit Stöcken bewaffnet versuchen, gegen Skinheads

vorzugehen. Man muß den Kampf in die Gewerkschaften hineinragen. Mit einer Arbeitereinheitsfront kann man die braune Pest zerschlagen. Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für eine solche Einheitsfront, wie z. B. die von uns initiierte antifaschistische Demonstration am Sowjetischen Ehrenmal mit 250 000 Teilnehmern am 3. Januar 1990. In Chicago haben wir vor Jahren Arbeiterschutbrigaden mitorganisiert, um die Wohnungen von schwarzen Kollegen gegen Rassisten zu schützen. Wir kämpfen für den Aufbau einer leninistisch-egalitären Massenpartei, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen Faschismus und für ein sozialistisches Deutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zum Sieg führen kann. Wir werden nur siegen, wenn wir mit unseren eingewanderten Kollegen und ihren Familien gemeinsam kämpfen. Der Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland darf nicht rückgängig gemacht werden! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Wir stehen auf Eurer Seite.

Mit internationalistischen Grüßen
Toralf Endruweit
für die Spartakist-Arbeiterpartei

Warnstreikwelle...

Fortsetzung von Seite 1

die soziale Macht der Arbeiterklasse *jetzt* zum Tragen bringt, ehe Millionen aus den Fabriken auf die Straße geworfen werden. Und das bedeutet, eine neue Führung der Arbeiterklasse zu schmieden, eine leninistisch-trotzkistische Partei, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung mit einer internationalistischen Perspektive des Weltsozialismus Widerstand leistet.

Dies wird von den eingestandenermaßen reformistischen Führern nicht zu erwarten sein. Am Tag vor den Warnstreiks verkündete der FDGB seine eigene Auflösung, die von den Gewerkschaften unter der Führung der SPD betrieben worden war. Führend bei der Meute war die IG Bergbau, die sich vom FDGB abspaltete und seine Forderung nach 50prozentiger Lohnerhöhung und einer 38-Stunden-Woche als „utopisch“ und Verletzung der Tarif-„autonomie“ verurteilte. Dieser Selbstmord der FDGB-Führung mußte kommen. Sie bot keine Alternative zur kapitalistischen Wiedervereinigung, sondern bettelte nur um einen besseren Preis. Nach den 1:1-Demos im April inszenierten die professionellen Hexenjäger von der SPD und die DGB-Leutnants im Dienste Bonns und Frankfurts eine massive antikommunistische Kampagne gegen den FDGB, woraufhin die FDGB-Führung einfach zusammenbrach und sich auflöste. Und in einer gemeinsamen Erklärung vom 15. Mai „begrüßen“ DGB und der Nachlassverwalter des FDGB, der Sprecherrat, „die Absicht“ eines Anschluß-„Staatsvertrags“.

Damit folgen sie den Fußstapfen der PDS und ihrer Satelliten wie KPD, Vereinigte Linke und Nelken, die alle vor der Anschlußkampagne kapitulierte haben und denen jetzt nichts weiter übrig bleibt, als um den Preis zu feilschen. Gysi redet, genau wie seine Schatten, andauernd über die „Einheit der Linken“, wobei explizit solche „Sektierer“ ausgeschlossen werden, die – wie Lenin, Luxemburg und Liebknecht – für die Herrschaft von Arbeiterräten kämpfen. Die Werktätigen brauchen wirklich dringend Einheit – aber keine betrügerische Volksfront-Einheit, um mit den Frankfurter Bankiers zu verhandeln, sondern Aktionseinheit, um die Errungenschaften der Arbeiterklasse hartnäckig Schritt für Schritt zu verteidigen.

Ein Lackmusest für die Fähigkeit der Arbeiter, für die Verteidigung ihres Lebensunterhalts und ihrer sozialen Errungenschaften gegen den Ansturm des Kapitals zu kämpfen, ist ihre Solidarität im Kampf mit denjenigen, die für Angriffe am verwundbarsten sind, mit denen, die die ersten Ziele der kapitalistischen Wiedervereinigung sind: Verteidigung der eingewanderten Arbeiter und der Flüchtlinge gegen faschistischen Terror und rassistische Abschiebungen, Verteidigung der Arbeitsplätze der Immigranten und Frauen, der Jugend und der alten Menschen.

Der Drang nach Anschluß hat zu einem scharfen Anstieg von faschistischem Terror und „offizieller“ rassistischer Diskriminierung geführt. Angesichts von Tausenden von Flüchtlingen – überwiegend Roma –, die dem anwachsenden faschistischen Terror und der Verelendung in Rumänien entkommen wollen, hat der Ministerrat am Freitag verkündet, daß Südosteuropäer nur mit „Einladung“ in die DDR gelassen werden. Mittlerweile haben Arbeiter aus Mosambik Angst, in Berlin allein auf die Straße zu gehen, den Vietnamesen drohen diskriminierende Entlassungen und Abschiebungen, und jeden Tag nehmen die antisemitischen Angriffe zu.

Der Abbau der sozialen Errungenschaften in der DDR ist schon sehr weit fortgeschritten, aber keineswegs zu Ende. Die Werktätigen der DDR fangen an, aus ihrem D-Mark-Delirium wieder aufzuwachen. Es ist eine dringende Aufgabe, die ansteht, die Arbeiterklasse in den harten defensiven Kämpfen, die noch bevorstehen, umzugruppieren. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ist die einzige Partei, die sich klipp und klar gegen die kapitalistische Wiedervereinigung ausgesprochen hat. Schließt euch unserem Kampf an, rechtzeitig eine leninistische Avantgardepartei zu schmieden, die der Verteidigung und der Ausweitung der Errungenschaften der Werktätigen überall verpflichtet ist, eine Partei, die die Kämpfe, die vor uns liegen, zum Sieg führt.

Bestellt die Spartakist-Broschüre
„Marktsozialismus“
in Osteuropa
DM 3,- / 3 Mark der DDR
Bestellt bei den Adressen der SpAD

Drang nach Viertem Reich bringt Finanzwelt ins Wanken

Börsenkrach von Tokio

Japan gilt als das vollkommene, sagenhaft erfolgreiche kapitalistische Land. Doch im März und Anfang April erlebte Tokios Börse einen Einbruch, der vom Marktwert der Japan AG fast 30 Prozent auslöschte. „Es gibt einen totalen Vertrauensverlust, Punkt“, rief ein Wertpapierhändler. „Es ist eine ekelhafte Situation“, so ein anderer. „Es gibt überhaupt keine Käufer. Keinen einzigen.“ Die Aktie von Nippon Telegraph and Telephone — das größte Privatunternehmen der Welt — fiel von 21 000 Dollar, dem Höchststand vor ein paar Jahren, auf unter 8000 Dollar.

Der Börsenkrach von Tokio strahlte auf die Finanzhauptstädte von Wall Street bis Frankfurt aus. Die Angst geht um, daß die Japaner sich zurückziehen und ihre Vermögenswerte abstoßen, um ihre Verluste zu Hause abzudecken. Den größten Teil des letzten Jahrzehnts hat japanisches Geld die zutiefst verschuldete und heruntergekommene US-Wirtschaft gestützt. Tokios Banken und andere Finanzinstitute kaufen regelmäßig 30 bis 40 Prozent der neuen US-Schatzbriefe. Ohne dieses japanische Geld würden sich Schatzwechsel zum gleichen Zinssatz verkaufen wie Junk Bonds („Schrott-Anleihen“: hochverzinsliche und hochriskante Anleihen, oft zum Aufkauf von Betrieben, die dann ausgeschlachtet werden). Doch jetzt wirkt sich der große „Ausschlachtungsaufkauf“ von Osteuropa, geleitet durch Frankfurts Bankhäuser, auf die Finanzmärkte verheerend aus. Die in die Höhe schnellenden westdeutschen Zinssätze lösten den Krach von Tokio aus und vergrößerten das riesige US-Haushaltsdefizit.

Genau zu dem Zeitpunkt, wo die Herrscher des Weltimperialismus den „Tod des Kommunismus“ als das „Ende der Geschichte“ verkünden, sieht der Kapitalismus zu Hause nicht so triumphal aus. Der Krach der größten Börse der Welt kam nicht einmal drei Jahre nach dem Krach an der Wall Street.

Die Wirtschaftskonflikte zwischen dem amerikanischen und dem japanischen Kapitalismus weiten sich zu einem ausgewachsenen Handelskrieg aus. Thatchers Britannien wird von einer Volksrevolte gegen die neue Kopfsteuer erschüttert. Lateinamerika ist unter seiner Schuldenlast ein wirtschaftliches Katastrophengebiet. Und der „Übergang“ zum Kapitalismus in Osteuropa geht nicht ganz so glatt, die für Polen vorgesehene wirtschaftliche „Schockbehandlung“ trifft schon auf verzweifelten Widerstand der Arbeiter.

Der Nikkei und der Anschluß

Mitte der 80er Jahre wurden die Vereinigten Staaten zur größten Schuldnation der Welt und Japan zum größten Gläubiger. Diese dramatische Umkehrung hat ihre Wurzeln in den radikal verschiedenen Spar- und Investitionsraten der konkurrierenden kapitalistischen Länder. Die USA sind vollständig zu einer Wirtschaft geworden, in der man „jetzt kauft und später zahlt“, vom Pentagon mit seinen Geldern für Star Wars bis zu den Yuppies mit ihren BMWs und ihren zwei Dutzend Kreditkarten. In den USA ist die Sparrate pro Person, einschließlich die ganz Reichen, bescheidene 5 Prozent des Einkommens.

Japanische Haushalte sparen im Durchschnitt 15 Prozent ihres Einkommens. Dies hat es den japanischen Industriellen ermöglicht, *zweieinhalbmals* soviel in neue Produktionsanlagen zu investieren wie ihre amerikanischen Konkurrenten, im letzten Jahr 24 Prozent der Produktion

des Landes im Vergleich zu 10 Prozent in den USA. Damit bleibt eine Menge Geld für Tokios Makler übrig, um alles aufzukaufen, von Eisenerzgruben in Australien und Brasilien bis zu den US-Schatzbriefen und dem Rockefeller Center.

Der japanische Kapitalismus ist so aufgebaut, daß er die Werktätigen dazu zwingt, einen Großteil ihres Einkommens zu sparen. Verbrauchercredit ist begrenzt, und japanische Unternehmen zahlen einen Großteil der Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter in Form einer zweimal im Jahr pauschal ausgeschütteten Prämie. Außerdem sind Sozialleistungen und Renten so niedrig, daß Japaner im Alter nicht überleben können, wenn sie nicht in ihren Arbeitsjahren eine Menge Geld auf die hohe Kante gelegt haben.

Die Wohnungspreise sind astronomisch hoch — kleine Zweiraum-Wohnungen kosten in Tokio eine Million Dollar — bei horrenden Bedingungen für Hypotheken. Um eine Anzahlung auf eine Wohnung machen zu können, muß eine Familie viele Jahre lang einen Großteil ihres Einkommens sparen. Eine japanische Bank hat vor kurzem eine Hypothek mit *100jähriger* Laufzeit eingeführt, so daß die Käufer einer Eigentumswohnung die Belastung an ihre Ururenkel weitergeben können! Das Endergebnis ist, daß Japaner im Laufe ihres Lebens viel größere Geldsummen verwalten als Amerikaner und Europäer.

Bis Mitte der 80er Jahre hatte Japan das konservativste Finanzsystem der Welt, die Börse für Aktien und festverzinsliche Wertpapiere war ziemlich begrenzt. Das traditionelle System reichte zurück bis zur Meiji-Ära Ende des 19. Jahrhunderts, als die japanische Industrialisierung auf finanziell autarken Kartellen basierte, auf den Zaibatsu (z. B. Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo). Die Zaibatsu hatten alle ihre eigene Bank, die die Guthaben in die Industrie- und Handelsunternehmen des Kartells leitete. Noch 1985 bestanden 65 Prozent der japanischen Vermögenswerte aus Bankeinlagen und nur 11 Prozent aus Firmenaktien. (Zum Vergleich: von Amerikas Geldvermögen war ein Drittel auf der Bank, während die Börse ein Viertel ausmachte.)

Doch durch die Explosion von Japans Geldvermögen Anfang der 80er Jahre zerbrach das traditionelle System. Das Land erlebte einen klassischen spekulativen Börsenboom in Verbindung mit schwindelerregenden Immobilienwerten. (Der Marktwert des Grund und Bodens von Tokios Innenstadt allein ist höher als der von den gesamten Vereinigten Staaten!) Der Nikkei-Börsenindex (vergleichbar mit dem Dow-Jones-Index der Wall Street) stieg von 13 000 im Jahr 1985 auf 38 000 Ende letzten Jahres.

Millionen von Angestellten und Selbständigen fingen mit dem Börsenspiel an, weil sie es als ihre einzige Hoffnung ansahen, genug Geld für einen Hauskauf aufzutreiben. Aktienkurse wurden so hoch getrieben, daß sie in keinem Verhältnis standen zu den wirklichen Firmenprofiten. Vor ein paar Monaten kosteten die japanischen Aktien fast das *70fache* der Jahresgewinne (im Vergleich zum 15fachen in den USA und zum 20fachen in Westdeutschland). Akio Mikuni aus Tokio, ein Fachmann für Wertpapiere, faßte zusammen:

„Die Blase dehnt sich so lange, wie es Leute gibt, die an die Theorie des größeren Narren glauben — jemand anderes wird bereit sein, einen hohen Preis zu zahlen.“

Offensichtlich mußte die Blase platzen. Aber warum jetzt? Der Krach von Tokio wurde ausgelöst durch die

finanzielle Rückwirkung, die das Auseinanderbröckeln des Sowjetblocks unter dem „liberalen“ stalinistischen Regime Michail Gorbatschows hat. Japanisches Kapital wird dorthin geleitet, wo sich die Meistbietenden um eine Übernahme Osteuropas reißen. Im Januar besuchte Tokios Ministerpräsident Toshiki Kaifu Berlin auf beiden Seiten der durchlöcherten Mauer und versprach „günstige“ Kredite in Höhe von 2 Milliarden Dollar sowie Hilfe für Polen und Ungarn. Ein paar Monate später schloß Japans größtes Kartell Mitsubishi ein weitreichendes Abkommen mit Daimler-Benz ab, Deutschlands größter Konzern.

Eine neue Achse Tokio-Berlin im Entstehen? *Business Week* (29. Januar) wies darauf hin, daß „die Euphorie über die deutsche Wiedervereinigung und die Öffnung Osteuropas eine Woge von Geld nach Frankfurt gelockt hat, aus jeder Ecke der Welt“, und daß die Lücke zwischen Zinssätzen und Aktienkursen „weiterhin japanische Investitionen im Wert von Milliarden von Dollar nach Frankfurt lockt“. Kurz gesagt, japanisches Kapital findet es einträglicher, in den deutschen Anschluß zu investieren als in die Börse von Tokio mit ihren weit überhöhten Kursen.

Die geplante kapitalistische Übernahme und Ausbeutung von Osteuropa wirkt sich bereits auf die Weltwirtschaft aus, von der Karibik bis zum Fernen Osten. „Osteuropa wird für Direktinvestitionen und Kapitalströme attraktiver

sein“, prophezeit Erskine Sandiford, der Ministerpräsident von Barbados. „Dies wird eine Umleitung der Mittel von den Entwicklungsländern nach Osteuropa bedeuten“ (*Financial Times*, 12. Dezember 1989). Die Geldfürsten von Frankfurt, New York und Tokio haben vor, Osteuropa in einen riesigen Niedriglohnbetrieb zu verwandeln, während sie den Rest der Welt auf halbe Ration setzen.

Sogar Teile der lateinamerikanischen Bourgeoisie stimmen daher nicht in das Hallelujah über den angeblichen „Tod des Kommunismus“ ein. Ein liberaler peruanischer Geschäftsmann, Hernando de Soto, schrieb einen ziemlich bitteren Gastkommentar für die *New York Times* (1. April):

„Die meisten lateinamerikanischen Länder haben seit beinahe 170 Jahren Privateigentum und demokratische Verfassungen gehabt. Dies hat, zusätzlich zu den zig Milliarden Dollar ausländischer Hilfe und zu den Hunderten von Milliarden Dollar an Krediten, das Brutto-sozialprodukt pro Kopf nicht über 2000 Dollar im Jahr angehoben. Wohingegen der totalitäre Sozialismus, dessen Versagen verkündet wird, Osteuropäern 5000 Dollar im Jahr bot.“

Der Vergleich des Bruttodurchschnitts von 2000 gegenüber 5000 Dollar verdeckt sogar noch die wesentlich größere Ungleichheit, die in Lateinamerika existiert. Ein General

Fortgesetzt auf Seite 10

Hyundai-Werftarbeiter im Kampf gegen Polizeitruppen

Klassenkrieg in Südkorea

Studentenproteste erschüttern Seoul

In Südkorea fanden in den letzten Wochen weitverbreitete soziale Kämpfe statt. Am 9. Mai gingen in Seoul rund 10 000 Studenten auf die Straße, um gegen das pseudo-parlamentarische Regime von General Roh Tae Woo zu protestieren, der das Land mit eiserner Faust regiert. Die Demonstranten lieferten sich heftige Gefechte mit der Polizei und setzten ein Gebäude der amerikanischen Regierung in Brand, wobei die Polizei beinahe 1000 Menschen festnahm.

Die Studentenproteste folgen dem Ausbruch von massiven Arbeitskämpfen. Zwei Wochen zuvor besetzten 20 000 Werftarbeiter die Hyundai-Werft, die größte der Welt, weil vier ihrer Führer verhaftet worden waren. Die Regierung mobilisierte 10 000 schwerbewaffnete Einsatzpolizisten, um den Streik zu zerschlagen. Mehr als 20 000 Arbeiter gingen in Ulsan, der Stadt, die praktisch dem Hyundai-Konzern gehört, auf die Straße, um den Kampf mit den Besatzungstruppen aufzunehmen. Erst durch den massiven Einsatz von Tränengas und knüppelschwingenden Polizisten wurden die 3000 Arbeiter, die zur Verteidigung das Haupttor der Werft verbarrikadiert hatten, niedergekämpft.

Mehr als 600 Arbeiter wurden verhaftet und Hunderte verwundet. Im nahegelegenen Werk der Hyundai Motor Company haben mehr als die Hälfte der 27 000 Arbeiter aus Solidarität mit den Werftarbeitern protestiert. Auf den Straßen zwischen der Werft und dem Autowerk lieferten sich die Arbeiter mit der Polizei erbitterte Schlachten. Die Stadt sah wie ein Kriegsschauplatz aus, wichtige Zufahrtsstraßen wurden gesperrt und der Flugverkehr eingestellt. Auch in Seoul strömten die Studenten auf die Straße, um die streikenden Arbeiter zu unterstützen.

Die Werftarbeiter von Ulsan stehen beim Kampf des mächtigen Proletariats von Südkorea, unabhängige und militante Gewerkschaften aufzubauen, an vorderster Front. In diesem Kampf werden die Gewerkschaften der Bosse beiseite geräumt, die bisher die brutale Arbeitsdisziplin der Chaebols, der riesigen Monopole, die unter den Fittichen des Staates stehen, durchgesetzt hatten. Südkoreas angebliches „Wirtschaftswunder“ ist das Ergebnis der höchsten Ausbeutungsrate und der tödlichsten Arbeitsbedingungen in der gesamten industriellen Welt. Die Arbeiter von Hyundai waren zur Zielscheibe der Bourgeoisie geworden, seit sie 1987 die Anerkennung einer wirklichen Gewerkschaft erzwungen und damit einen überwältigenden Sieg errungen hatten, und im folgenden Jahr eine 20prozentige Lohnerhöhung durchsetzten. 1989 streikten die Arbeiter von Hyundai 109 Tage lang, aber ihr Streik wurde zerschlagen, als 12 000 Polizisten die Werft stürmten. Die gegenwärtigen Verhaftungen der Gewerkschaftsführer gehen auf diesen Streik zurück.

Die wütende antigewerkschaftliche Politik der Regierung hat sich durch die rapide zunehmende Verschlechterung von Südkoreas Wirtschaft weiter verschärft. Südkoreas Exporte, besonders Autos, sind im letzten Jahr drastisch gefallen, und Hyundai wurde davon am härtesten getroffen. Die Schwächung des japanischen Yen hat auch die Überbewertung des Won, Südkoreas Währung, bloßgestellt, was die Wirtschaft weiter geschwächt hat. Es ist kein Zufall, daß auch die südkoreanische Börse kurz nach dem japanischen Börsenkrach den schärfsten Kursverfall ihrer Geschichte durchmachte. Die Bourgeoisie hat die Schuld für ihre ökonomischen Probleme auf steigende Arbeitskosten und zunehmende Streiks geschoben und setzt jetzt voller Rache den Arbeitern zu.

Fortgesetzt auf Seite 11

Börsenkrach...

Fortsetzung von Seite 9

der DDR-Sicherheitskräfte, der Erich Honecker bei Auslandsbesuchen begleitet hatte, bemerkte zu westlichen Reportern, die den Landsitz der ehemaligen stalinistischen Führer bei Wandlitz inspizierten, daß die herrschende Elite von Ostberlin im Vergleich zum Präsidenten von Mexiko wie „Waisenknaben“ gelebt hätten.

Wall Street gegen Japan AG ...

Der Widerhall vom Tokioter Krach schlägt gerade zu dem Zeitpunkt zu, wo die US-Wirtschaft wahrscheinlich in eine Rezession steuert. Die Produktion stagniert, während die Firmenprofite um 10 Prozent unter dem Vorjahresstand liegen. Die Aufträge für Werkzeugmaschinen — die grundlegenden Investitionen in der Industrie — gehen zurück. Die Tage der Begeisterung an der Wall Street endeten mit dem Krach vom Oktober 1987. Die großen Neuigkeiten dieser Tage sind keine gigantischen Fusionen, sondern Multimilliarden-Dollar-Pleiten. Im letzten Jahr meldeten 68 000 US-Firmen Konkurs an, im Vergleich zu 10 000 im Jahr 1981. Man stelle sich vor, was mit dem Amerika der Konzerne passieren würde, wenn die Japaner Milliarden von Dollar aus seinem Geschäftsbereich abziehen würden.

Gorbatschows Beschwichtigung des westlichen Imperialismus hat die Wirtschaftskonflikte zwischen Washington und Tokio in den Brennpunkt gerückt und sie verschärft. Die amerikanische herrschende Klasse betrachtet Japan weniger als einen militärischen Verbündeten gegen die Russen und mehr als wirtschaftliche Gefahr. Jahrelang haben Washingtons Politiker, besonders liberale Demokraten und Gewerkschaftsbürokraten der AFL-CIO, Japan die Schuld am Zerfall des amerikanischen Imperialismus gegeben — wobei sie oft an den Rassismus von der „gelben Gefahr“ appellierten. Die antijapanische Hetze in den USA hat eine nationalistische Gegenreaktion in Japan hervorgerufen, die genauso auf Vorstellungen von russischer Überlegenheit basiert. Nach Meinungsumfragen denken fast 60 Prozent der Japaner, die Vereinigten Staaten hätten zu viele rassische und ethnische Gruppen, während zwei Drittel glauben, amerikanische Arbeiter seien faul.

Nach herkömmlicher Weisheit wird Japan durch friedliche, rein wirtschaftliche Mittel zur vorherrschenden Macht im Fernen Osten. Der Chefökonom vom Büro der Deutschen Bank in Tokio, Kenneth Courtis, behauptet: „Was früher nur auf dem Schlachtfeld geschah, das machen

sie [die Japaner] über die Börse.“ Aber letzten Endes besteht die Börse nur aus Papierfetzen. Japans wirtschaftlicher und finanzieller Reichtum kann nur durch eine entsprechende Militärmacht aufrechterhalten und gesichert werden. Die riesigen Industrieanlagen der Inselnation sind völlig von Importen an Erdöl, Eisenerz und anderen Rohstoffen abhängig. Seine lukrativen Märkte in Ostasien können durch staatlichen Protektionismus abgeschnitten werden.

Mitsui, Mitsubishi & Co. sind sich dieser Verwundbarkeit sehr bewußt. Im letzten Jahrzehnt sind die Ausgaben für das japanische Militär (Selbstverteidigungskräfte genannt) pro Jahr um 6 Prozent gestiegen, die *höchste Zuwachsrate von allen größeren Ländern in der Welt*. Wie der herausgebende Redakteur des *Air Force Magazine* (November 1989) sagt, werden die japanischen Streitkräfte, „auch wenn sie klein sind, über die höchstentwickelten Flugzeuge, Kriegsschiffe, Bodenkampfwaffen und Kommunikationsmittel der Welt verfügen“. Diese rapide Aufrüstung hat mit Selbstverteidigung nichts zu tun.

Die japanische herrschende Klasse erwartet wie ihre Pendants im Westen, daß die Sowjetunion durch inneren Aufruhr zerrüttet und auseinanderbrechen wird. Dies würde den Weg freimachen für die Zurückeroberung der Kurilen (Inselgruppe im Norden), die von den Russen am Ende des Zweiten Weltkriegs besetzt wurden. Die Nachfahren der Zaijatsu träumen auch davon, die unermesslichen Bodenschätze Sibiriens zu übernehmen. Zur gleichen Zeit verschärft sich der Wirtschaftskonflikt mit den USA. Takehiko Kamo, ein Professor an der Universität in Tokio, sagt: „Die tiefgreifenden Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen könnten ein Vakuum schaffen, das Japan dazu verführen könnte, ein militärischer wie auch wirtschaftlicher Riese zu werden“ (*Boston Globe*, 20. Februar). Viel Verführungskunst wäre dazu nicht nötig.

... gegen ein Viertes Reich

Jahrelang sind die wirtschaftlichen Spannungen zwischen den USA und Japan das schärfste und sichtbarste Zeichen für den Konkurrenzkampf zwischen den Imperialisten gewesen. Ameuropäischen Horizont taucht jetzt jedoch bedrohlich eine weitere kapitalistische Supermacht auf — ein deutsches Viertes Reich. Zwar hat Washington der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands zugestimmt, die britische und die französische herrschende Klasse haben es aber verständlicherweise mit der Angst zu tun bekommen. Der Drang zu einem Vierten Reich bringt bereits die Finanzwelt durcheinander. Um einen massiven Abfluß von Yen und Dollar nach Frankfurt zu verhindern, mußten Tokio und New York bereits ihre Zinssätze in die Höhe treiben. Dies trug zur Beschleunigung des Börsenkrachs von Tokio bei, vergrößerte das Haushaltsdefizit der USA und trieb die Rate der Firmenpleiten in die Höhe.

Unabhängig von ihren Interessenskonflikten glauben die Herren von Wall Street, Tokio und Frankfurt, daß die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und die kapitalistische Restauration in Osteuropa schon bald eine vollendete Tatsache sind, die jetzt durch nichts mehr auf-

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist-Gruppe
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD, Postamt 1
Postlagernd
Halle 4010

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

M. Schoner
HPA Frankfurt, Postlag.
Frankfurt/Oder 1200

NEUER SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

geöffnet Di. und Do. 18.00 - 21.00 Uhr
Sonnabend 11.00 - 14.00 Uhr
Grünauer Straße 5, 1. Stock
Berlin 1190, S-Bahn Schöneweide

gehalten werden kann. Gewiß ist Gorbatschow bereit, Osteuropa aufzugeben, während die stalinistischen Bürokratien vor Ort einfach zusammengebrochen sind. Und nach Jahrzehnten von stalinistischer Unterdrückung und Mißwirtschaft im Namen des Kommunismus haben die Massen eine Menge von Illusionen in Parlamentarismus und Marktwirtschaft westlichen Stils.

Doch die Arbeiterklasse in Osteuropa und in der Sowjetunion wird gegen die konkreten Maßnahmen der kapitalistischen Restauration Widerstand leisten. In Polen kämpfen Arbeiter gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen „Schockbehandlung“, die von den Weltbanken diktiert wurde und an lateinamerikanische Juntas erinnert. In der DDR gibt es Massenproteste der Arbeiter gegen den Plan der Frankfurter Banken, ihre Löhne und Ersparnisse durch eine Währungsunion drastisch zu kürzen. Und in der Sowjetunion hat das Gorbatschow-Regime zum wiederholten Mal aus Angst vor Massenunruhen Preiserhöhungen bei Konsumgütern verschoben.

Die Vorstellung, daß die Restauration des Kapitalismus im Sowjetblock zu Demokratie, wirtschaftlichem Wohlstand und friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen führen werde, ist eine schreckliche Illusion. Das Durcheinander auf den internationalen Finanzmärkten und die verstärkten Konflikte zwischen den Imperialisten deuten auf die tatsächliche Auswirkung einer Konterrevolution in Osteuropa hin. Der Handelskrieg zwischen den USA und Japan sowie der Krieg um Zinssätze zwischen Frankfurt, New York und Tokio kündigen einen neuen imperialistischen Weltkrieg um die Aufteilung von Märkten und Ausbeutungsgebieten an.

Aufgerüttelt durch das imperialistische Gemetzel des Ersten Weltkriegs haben sich Millionen von Arbeitern in Rußland, Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern für den Kommunismus entschieden. Der Bankrott der stalinistischen Perversion von Kommunismus ist bewiesen worden, doch überleben kann der Kapitalismus nur durch drastische Angriffe auf den Lebensunterhalt der Arbeiterklasse. Polnische und ostdeutsche Arbeiter fangen an, diese bittere Wahrheit zu erfahren, unter der bolivianische Bergarbeiter und mexikanische Stahlarbeiter wie auch amerikanische Fleischpacker oder Busfahrer jahrelang gelitten haben.

Heute ist der Kampf gegen einen Kapitalismus, der Atomwaffen hat, ein Kampf um das Überleben der Zivilisation, mehr als je zuvor.

Nach Workers Vanguard Nr. 500, 20. April

Südkorea...

Fortsetzung von Seite 9

Zur Zeit finden die alljährlichen Frühjahrs-Tarifverhandlungen statt. Die nervöse südkoreanische Bourgeoisie fiel deshalb über die streikenden Arbeiter von Hyundai her und setzte schon nach drei Tagen ihre Truppen ein. Die Regierung hat ihren ungeheuerlichen Angriff auf die Arbeiter mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht, daß „das Überleben der nationalen Wirtschaft auf dem Spiel steht“. (*Japan Times*, 29. April) Allerdings könnte dieser unverhüllte Angriff auf das Existenzrecht von Gewerkschaften eine breite Arbeiterrebellion gegen das Regime hervorrufen. Am 1. Mai haben Gewerkschaften wegen der Angriffe auf die streikenden Arbeiter von Hyundai und einem weiteren Polizeieinbruch auf Streikende bei Korea Broadcasting System, wo 333 Arbeiter verhaftet worden sind, zu landesweiten Proteststreiks aufgerufen.

Der US-Imperialismus hat 43 000 Soldaten nahe dem 38. Breitengrad zusammengedrängt, wo sie seit dem Koreakrieg stehen, was eine permanente Bedrohung des deformierten Arbeiterstaats in Nordkorea bedeutet. Der räuberische Im-

perialismus der USA und Japans versucht im Fernen Osten, Korea durch eine blutige Konterrevolution im Norden und die vollständige Auslöschung von eigenständigen Gewerkschaften im Süden wiederzuvereinigen. Dazu beigetragen haben die fanatisch antikommunistischen und protektionistischen Gewerkschaftsbürokraten in den USA, von der Unterstützung für die Gewerkschaften der Bosse unter der Kontrolle der CIA (durch das Asian-American Free Labor Institute) bis zur Unterstützung der US-Besatzungsarmee. 1979 verübte die Militärdiktatur ein blutiges Massaker in Kwangju, unter Mitwissenschaft der US-Armee. Die Arbeiter in den USA müssen fordern: Sofortiger Rückzug aller US-Truppen von der koreanischen Halbinsel! Die japanischen Arbeiter müssen dem Beispiel der Hyundai-Arbeiter folgen und die Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaften in Südkorea fordern, besonders in den japanischen „Freihandelszonen“, und diesen Forderungen mit Streikaktionen Nachdruck verleihen.

Eine wachsende Streikwelle in Südkorea kann die Pläne des Imperialismus durchkreuzen, der den „Kommunismus zurückrollen“ will bis zu den Grenzen der Sowjetunion als Vorbereitung einer Schlußoffensive auf die Oktoberrevolution von 1917. Und revolutionäre Kämpfe des mächtigen südkoreanischen Proletariats würden Klassenkämpfe in ganz Ostasien entfachen und könnten der Funke sein für politische Revolutionen, die sowohl das verknocherte Kim-Regime im Norden wegfegen als auch die chinesischen Arbeiter gegen die blutigen Schlächter in Beijing mobilisieren würden.

Der Schlüssel zu erfolgreichen Klassenkämpfen in Korea liegt im Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Avantgardepartei, die für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas durch eine sozialistische Revolution im Süden, verbunden mit einer proletarisch-politischen Revolution im Norden, kämpft. Für internationale Solidarität mit den Arbeiterkämpfen in Korea!

Nach Workers Vanguard Nr. 501, 4. Mai

Schulungsreihe:

Trotzkismus und der Kampf für Arbeitermacht

Nächste Schulung: Donnerstag 24. Mai, 18.30 Uhr

Für Massenmobilisierung der Werktätigen, um faschistischen Terror zu zerschlagen

im SPARTAKIST-Treffpunkt

Weitere Schulungen folgen

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (8 Ausgaben):
DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten
Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Bestellt bei:

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der
Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496



Briefwechsel

Vereinigte Linke – Kapitulation vor Kapitalnation

Im folgenden drucken wir einen Brief der Gruppe der Vereinigten Linken in Arnstadt und unsere Erwiderung ab.

Arnstadt, den 15. 3. 90

Werte Spartakisten!

Mit Beschämung sahen wir gestern die Wahlsendung im TV, in welcher Euer Spitzenkandidat vorgestellt wurde. Dazu gleich eine Frage: Warum beansprucht ihr für Euch, als Einzige, gegen kap. Wiedervereinigung zu kämpfen? Zweite Frage: Schätzt Ihr Eure Behauptung, daß die Arbeiter hinter Euch stünden, wirklich als die Realität ein?

Wie Ihr sicher wißt, waren wir auch mal eine Spartakist-Gruppe. Weil Eure Ideologie aber absolut utopisch, unreal und teilweise auch militaristisch ist, lösten wir uns auf, und traten geschlossen zur VL über. Wenn Ihr nun steif und fest behauptet, den „Roten Stein der Weisen“ gefunden zu haben, so können wir nur müde darüber lächeln. Eure führenden Köpfe u. Agitatoren sind leider nicht aus der DDR, sonst würden sie anders über die derzeitige herrschende Situation denken. Dadurch, daß Ihr mit anderen linken Organisationen kein Bündnis eingehen wollt, ja diese sogar in Eurer Presse bekämpft, isoliert Ihr Euch selbst. Ihr werdet den Weg aller linken politischen Sekten gehen, ihr werdet erst von der Bourgeoisie gespalten, und danach zerschlagen. Wir wissen, wir reden hier gegen taube Ohren, aber das mußten wir loswerden.

Mit revolutionärem Gruß!
Ole Schlöffel, Sprecher, im Namen
der VL-Basisgruppe Arnstadt

Berlin, den 13. Mai 1990

Liebe Genossen!

Vielen Dank für Euren Brief. Entschuldigt bitte, daß wir erst so spät auf Eure Fragen antworten.

Um gleich zum Thema zu kommen, Ihr wart also beschämt, als Ihr unseren Spitzenkandidaten, also mich, im Fernsehen gesehen habt. Und Eure erste Frage war: „Warum beansprucht Ihr für Euch, als einzige, gegen kapitalistische Wiedervereinigung zu kämpfen?“ Nun, so leid es mir tut, wir waren im Wahlkampf die einzigen, die laut, deutlich und ohne doppelten Boden gegen die kapitalistische Wiedervereinigung aufgetreten sind. Auch aus Eurem beigefügten Material war keine klare Aussage zu erkennen. Die VL ist eher als der linke Flügel derjenigen aufgetreten, die für kapitalistische Wiedervereinigung eingetreten sind – was nicht nur Kohls „Allianz für Deutschland“ und die SPD eingeschlossen hat, sondern auch die PDS. Die bankrotten stalinistischen Bürokraten wollten nur ein langsames Tempo und für den Ausverkauf einen höheren Preis aushandeln, was auch die Politik der Vereinigten Linken war.

Deshalb hat ja auch Jutta Braband als Vorstandsmit-

glied der VL auf die Frage nach ihrer Haltung zur Wiedervereinigung geantwortet: „Gut, wenn sie im europäischen Rahmen und schrittweise, also über einen Staatenbund realisiert wird.“ BZA (1. März 1990) Genau wie die PDS hat die VL erst von der „Verteidigung der Souveränität der DDR“ geredet und war gegen die „schnelle Wiedervereinigung“ („Was will die Vereinigte Linke“), aber dann hat Eure Wahlplattform Modrows Forderung für eine „Vertragsgemeinschaft“ und eine „Konföderation“ wiederholt. So hat die VL in Rostock so ähnlich wie die PDS auf einer Reihe von Flugblättern Forderungen aufgestellt wie: „keine wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands auf Kosten sozialer und kultureller Belange, weil sonst Konsumdenken und Ellenbogenverhalten erzeugt wird“. Auch kann ich bei den Losungen „1:1 plus“ und „Währungsverbund“ keinen grundlegenden Unterschied zu den Losungen von CDU, SPD und PDS entdecken.

Um es auf den Punkt zu bringen, die Spartakist-Arbeiterpartei sagte „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, ohne Wenn und Aber“. Die Vereinigte Linke sagte aber „Ja“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung, unter Hinzufügen einiger Wenss und Abers. Es war unser prinzipienfester Standpunkt, den Ihr „beschämend“ und „absolut utopisch“ findet. Ja, unser Standpunkt war nicht populär, aber man muß lernen, gegen den Strom zu schwimmen, das hat uns Lenin beigebracht. Den Massen die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie bitter ist, das ist ein Merkmal des Trotzismus. Die Vereinigte Linke ist stattdessen als eine Gruppe aufgetreten, die nur Druck ausüben wollte, um eine akzeptable Lösung durchzudrücken, um den unpopulären Schritt der offenen Opposition gegen die kapitalistische Wiedervereinigung zu vermeiden. Aber wir fragen Euch, hat all das Hin und Her der VL, das „Ja, aber“ und das „Jein“ in dieser Schlüsselfrage Euch auch nur irgendwas eingebracht? Ihr braucht nur die Wahlergebnisse anzuschauen und Eure eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Unser Aufruf zur Demonstration vor der Volkskammer am 6. März unter der Losung „Gegen die Privatisierung! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ wurde auch von der VL abgelehnt. Die Frage ist also, wer wen isoliert. Die VL hat aber eine Demonstration „Gegen Massenruin und Massenarbeitslosigkeit!“ organisiert. Also etwas Ruin and ein paar Arbeitslose dürfen es schon sein, deshalb tritt die VL ja auch für eine „Vertragsgemeinschaft“ ein. Und hier vermeidet sie schon wieder beharrlich, einen eindeutigen Standpunkt auf der Klassenbasis einzunehmen, und stattdessen redet sie sich heraus. Aber als Arbeiter, der bisher nicht von einem Kapitalisten ausgebeutet worden ist, will ich nun mal mit einem solchen keinen Ausbeutungsvertrag eingehen, egal in welcher Form. Und der Arbeiter im Westen will ja auch keine Ehe mit seinem Ausbeuter.

Über die „Vertragsgemeinschaft“ hinaus tritt die VL für eine „Deutsche Volksrepublik“ ein, das kann sich schon mit „Deutschland einig Vaterland“ messen. Aber mit dieser Linie habt Ihr ja auch keinen übermäßigen Erfolg in den Wahlen gehabt. Die Losung „Keine Kapitulation/Kapitalnation!“ hat mir ansonsten gut gefallen, wir

haben sie am 6. März benutzt, aber wie steht Ihr denn wirklich dazu? So ist das eben mit den pseudorevolutionären Organisationen, hin und wieder mal eine radikale Lösung, und wenn es darauf ankommt, steht nichts dahinter. Oder hat Thomas Klein in der Volkskammer gegen die Streichung des Wortes Sozialismus aus der Verfassung gestimmt? Und wer hat am Runden Tisch den bürgerlichen Verfassungsentwurf angenommen?

Ihr sagt, unsere „Ideologie“ wäre „absolut utopisch, unreal und teilweise auch militaristisch“. Wir können uns ja darüber streiten, ob es realistisch ist, daß die NATO freiwillig sich selbst auflöst, und ob man den Welthunger unter kapitalistischen Bedingungen bekämpfen kann. Die Losung „Entmilitarisierung jetzt!“, drückt ja die unglaubliche *Utopie* aus, daß sich die Imperialisten entwaffnen lassen wollen. Das steht nämlich wirklich hinter dieser Losung, der Versuch des Imperialismus, die Arbeiter zu entwaffnen. Entmilitarisierung, Entwaffnung, Auflösung bzw. Umwandlung der NVA. Russen raus. Verlangt Ihr den Abzug der Roten Armee aus der DDR, so wie Ihr ihn z. B. aus Litauen fordert? Das sind auch die Hauptforde-

rungen des Imperialismus. Wie wollt Ihr denn die Errungenschaften der DDR und der Sowjetunion verteidigen? Wollt Ihr Euch aus Eurem Vertrag ein Papierhütchen basteln und damit gegen die NATO-Armeen kämpfen? Aber wahrscheinlich wollt Ihr die Errungenschaften gar nicht verteidigen, sondern es zulassen, daß der Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland rückgängig gemacht wird.

„Wer nicht in der Lage ist, das Erreichte zu verteidigen, wird niemals in der Lage sein, Neues zu erkämpfen“, sagte Trotzki. Und eine Verteidigung einer „souveränen DDR“, wie Ihr sie fordert, ist eine „Vertragsgemeinschaft“ mit Kohl oder Lafontaine ja wohl nicht. Wir wollen die Regierung nicht „von unten kontrollieren“, wie das Thomas Klein jetzt vielleicht in der Volkskammer macht, sondern wir wollen, daß die Macht im Lande von denjenigen ausgeübt wird, die auch den Reichtum schaffen. Und das sind die Werktätigen, die Arbeiter. Und um die Macht zu übernehmen, muß man realistisch vorgehen. Aber Ihr wollt Euch ja totstellen.

Forgesetzt auf Seite 14

Spartakist-Erklärung an VL-Gründungskonferenz

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus der Rede, die unser Sprecher bei der Gründungskonferenz der Vereinigten Linken, die am 26. November 1989 stattfand, gehalten hat.

Genossinnen und Genossen!

Zuerst möchten wir uns für die Einladung und die Möglichkeit bedanken, daß wir an Euch ein paar Bemerkungen richten können.

Die Krise der stalinistischen Herrschaft hat nun auch zum Umbruch in der DDR geführt. Die dringende Frage einer Alternative ist auf der Tagesordnung. Tut eine Revolution den ersten Schritt, so kann sie nicht auf der Stelle treten. Dies ist eine sehr gefährliche Situation. Hier in der DDR, an der Klassenlinie zwischen Ost und West, stellt sich die Alternative in größter Schärfe: einerseits Revanchismus und kapitalistische Restauration, andererseits politische proletarische Revolution.

Genossen, wir fühlen uns auf dieser Versammlung leider ein bißchen als Fremdkörper. Eine sogenannte Reformbewegung hat ganz Osteuropa erfaßt. Wir haben festgestellt, daß sie auf der Schicht der Intelligenz basiert. Das sind die Söhne und Töchter der ehemaligen Bürokraten, die ihrerseits aus den Fabriken und Bauernhöfen heraus die Bürokraten-Leiter hochgeklettert waren. Aber diese Schicht kann keine effektive sozialistische Opposition schaffen. Dafür ist es notwendig, wie Lenin und die Bolschewiki es taten, den Weg zur Arbeiterklasse zu finden und sich *ihre* Bedürfnisse und Bestrebungen zueigen zu machen. Wie dringend das ist, haben wir in unserem Flugblatt mit dem Titel „Arbeiterräte an die Macht“ unterstrichen, das Ihr hier hoffentlich bekommen habt.

Die internationale Arbeiterklasse, nicht zuletzt die Arbeiter in Westdeutschland, verfolgen genauestens die dramatischen Ereignisse in der DDR. 1968 gaben die Ereignisse in der CSSR den Anstoß zu einer vorrevolutionären Situation in Frankreich. So könnte heute eine politische Revolution in Ostdeutschland der Zündfunke sein für die westdeutsche Arbeiterklasse, mit ihren Kapitalisten aufzuräumen. 1968 war das Problem

nicht, daß die Arbeiter im Westen auch so zufrieden und bestochen waren und keinen Kampfwillen hatten, sondern was gefehlt hat, war eine revolutionäre Partei. Proletarische Revolution in Westeuropa – und das heißt auch in Westdeutschland – ist nicht nur möglich, sondern dringend notwendig. Und dies bedeutet die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Heute nennen sich alle Antistalinisten. Stalin hat die Kontrolle über die Kommunistische Internationale an sich gerissen und sie wie die Mafia geführt. Die Trotzkistische Liga Deutschlands [Vorläuferorganisation der SpAD], Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpft für eine neue kommunistische Partei, für den Kommunismus von Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, eine Partei mit leninistischen Normen der Parteidemokratie, mit dem leninistischen Programm für Weltrevolution, entwickelt von Trotzki im Kampf gegen Stalins nationalistsches Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ – und preußischer Nationalismus ist auch nicht besser.

In der DDR ist die Sozialdemokratie die Hauptgefahr für die Arbeiter, sie ist das direkte, verfügbare und passende Instrument, um den Kapitalismus einzuführen. Was sich hinter den schönklingenden Demokratie-Floskeln der SPD versteckt, ist das schmutzige Geschäft der Krupps und der Deutschen Bank. Die Kapitalisten halten ihre faschistischen Sturmtruppen bis jetzt in Reserve. Die Faschisten müssen von der Arbeiterklasse zerschlagen werden – im Westen, und nun auch im Osten.

Die kapitalistische Restauration würde allerdings nicht einfach oder automatisch vor sich gehen. Sicher ist, daß es dann zu großen sozialen Kämpfen kommen würde. Die Arbeiter hier haben die kapitalistische Armut und Ausbeutung nicht am eigenen Leib erfahren... Und deshalb möchten wir an 1953 erinnern. Die ostdeutschen Arbeiter erhoben sich als erste gegen die stalinistische bürokratische Herrschaft. Damals riefen sie: Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!

Vereinigte Linke...

Fortsetzung von Seite 13

Wir, und jeder ernsthafte Revolutionär tut das, richten uns nach Trozki's Übergangsprogramm, das er für die Arbeiter in allen Ländern der Welt geschrieben hat. Nach welchem Programm richtet Ihr Euch denn? Wenn Ihr sagt, unsere „führenden Köpfe und Agitatoren sind leider nicht aus der DDR“, dann riecht das leider nach DDR-Nationalismus. Die Errungenschaften in der DDR gehören dem Schweißer in Leuna genauso wie dem U-Bahn-Monteur in New York, und wenn der angetreten ist, um die DDR zu verteidigen, dann habt Ihr ihn beleidigt.

Zu Eurem Vorwurf, wir würden andere linke Organisationen bekämpfen. Falls Ihr unsere Wahlbroschüre gelesen habt, werdet Ihr ja wissen, daß wir dazu aufgerufen haben, da, wo wir nicht kandidieren, diejenigen Organisationen oder Kandidaten zu wählen, die öffentlich erklären, daß sie gegen kapitalistische Wiedervereinigung sind. Wir haben diesen Vorschlag mehrmals wiederholt, und ich habe ihn im Fernsehen der DDR zwei Tage vor den Wahlen in einem Wahlspot nochmal vorgebracht.

Als die Kandidatur der KPD in Halle von der Wahlkommission aus bürokratischen Gründen abgelehnt worden war, haben wir der KPD angeboten, daß wir dazu aufrufen, sie in Frankfurt/Oder zu wählen (wo wir nicht kandidierten), und sie dazu aufrufen, uns in Halle zu wählen. Natürlich nur unter der Bedingung, daß sie in Frankfurt/Oder öffentlich gegen die kapitalistische Wiedervereinigung auftreten. Dieses Angebot wurde von der Führung der KPD abgelehnt. Der KPD-Spitzenkandidat von Halle dagegen hat dazu aufgerufen, uns in Halle zu wählen.

Wir haben die Frage des Widerstands gegen die kapitalistische Wiedervereinigung auch der Vereinigten Linken vorgelegt, noch am selben Tag, an dem die SpAD gegründet wurde. Und was war die Antwort von der VL? Thomas Klein hat uns ein „Bündnis“ in Aussicht gestellt, *aber nur, wenn wir uns von der Demonstration gegen die Schändung*

des sowjetischen Ehrenmals in Treptow distanzieren. Das konnten wir natürlich nicht tun. Im Gegenteil, wir sind stolz auf die Rolle, die wir bei der Initiierung dieser massiven Einheitsfrontaktion gespielt haben, die der Bourgeoisie (und auch den Führern der PDS) einen gehörigen Schrecken eingejagt hat, weil sie die wirkliche Alternative zur Kapitulation vor der Bourgeoisie gezeigt hat — nämlich die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter. Die Vereinigte Linke hat sich sogar dem imperialistischen Chor derer angeschlossen, die mit der *Bild Zeitung* allen voran behauptet haben, daß der ganze Angriff nur ein „Trick der SED“ gewesen sei. Das ist nun etwas, dessen Ihr Euch wirklich schämen solltet.

Zur „Bündnis“-Konzeption der VL, wo es keinen Raum für Kritik gibt, muß man sagen, daß dies nicht das bolschewistische Konzept der Einheitsfront ist, sondern seine stalinistische Perversion in eine Volksfront, die in Spanien, Chile und anderswo so schreckliche Ergebnisse gebracht hat. Und heute versucht Gysi PDS, die Volksfront wiederzubeleben — mit VL, Nelken, Grünen und anderen —, aber die wirklichen Farben dieses Regenbogens sind Schwarz-Rot-Gold, weil er auf der Basis beruht, ein Großdeutschland durch eine Konterrevolution zu akzeptieren. Ja, wir „kämpfen“ gegen „linke“ Programme, wo sie falsch sind, und das ist im Fall der Vereinigten Linken auch bitter notwendig.

Willy Brandt hat gesagt, daß der Zug der Wiedervereinigung den Bahnhof schon verlassen hat (und hat dabei scheinheilig hinzugefügt, wie PDS und VL, daß es notwendig sei, Sorge zu tragen, daß die Schwachen dabei nicht unter die Räder kämen). Wenn Ihr nicht das Schlußlicht des Anschlußexpress sein wollt, solltet Ihr Euch erneut mit dem trotzkistischen Programm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands auseinandersetzen. Wir kämpfen dafür, den kapitalistischen Zug durch Arbeiterkämpfe zum Entgleisen zu bringen.

Toralf Endrueit
für die Spartakist-Arbeiterpartei

Frankfurt/Main: Polizeiüberfall auf Demo gegen Anschluß

Frankfurt/Main, 12. Mai. Als sich Samstag Mittag fast 20 000 Linke zu einer Demonstration gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“ (Marlene Dietrich 1945) auf dem Frankfurter Opernplatz versammelten, bekamen die Linken zu spüren, was Großdeutschland für sie in petto hat: Der Platz war umstellt von starken Polizeieinheiten, verstärkt durch Bundesgrenzschutz und Spezialtruppen in Panzerwesten. Auf den Platz kam nur, wer sich durchsuchen ließ, Autos von Demonstranten wurden angehalten.

Die Botschaft der „rot“-grünen Frankfurter Polizei an die vor allem jugendlichen Teilnehmer der Demonstration war deutlich: Einschüchterung und Illegalisierung. Es ist diese Art von Polizeiterror, wonach DSU-Innenminister Diestel giert, wenn er „polizeitypische Bewaffnung“ fordert.

Der Demonstrationszug durch das leere Bankenviertel und die Innenstadt nach Geschäftsschluß wurde links und rechts von Polizeiketten eingefäßt, die es nicht an Provokationen fehlen ließen. Bei der Abschlußkundgebung gegen 16 Uhr auf dem Römer entfesselte die Polizei eine Gewaltorgie, wie sie Frankfurt seit 1985 nicht mehr gesehen hat. Die etwa 10 000 noch auf dem Römer verbliebenen Demonstranten wurden eingekesselt, hermetisch abgeriegelt, drei Wasserwerfer schossen Fontänen auf die Teilnehmer, prügelnd stürmten Polizeitruppen auf den Platz. Greiftruppen nahmen 18 Teilnehmer fest, es gab zahlreiche Verletzte.

Die Demonstration selbst war geprägt von „links“-nationalistischer *Ohnmacht* gegenüber der imperialistischen Anschluß-Offensive, ihre politische Perspektive beschränkte sich auf die Beschwörung der „Zweistaatlichkeit“ und auf pazifistische Appelle. „Für eine BRD ohne Armee“ lautete eine Losung, während die antisowjetische MLPD die DDR als „bürokratischen Kapitalismus“ bezeichnet und nicht kapiert, daß es hier um Konterrevolution geht, und die daher auch nichts zu verteidigen sieht. Die PDS marschierte unter dem Banner „Kein StaatSStreichvertrag — Streichung des Artikels 23GG“, wohl um sich rechtzeitig als „demokratische und keine radikale Partei“ (Gysi) anzubiedern. Was gut zu den Grünen paßt, die fleißig dabei sind, durch Volksabstimmung über die Verfassung der Konterrevolution eine „demokratische“ Legitimation zu verschaffen.

Die Mehrheit der Demonstranten bestand aus Autonomen. Abwesend waren die mächtigen Gewerkschaften und eine proletarische Perspektive: Nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Errungenschaften wird die Entstehung eines Vierten Reichs verhindern können. Heute gilt es, in die partiellen, defensiven Kämpfe der ostdeutschen Arbeiter mit der Perspektive zu intervenieren, dem Prozeß der kapitalistischen Wiedervereinigung Widerstand zu leisten und ihn umzukehren. Das ist der Weg, um den deutschen Imperialismus bei seinen verhängnisvollen Plänen zu stoppen. ■

O que querem os Spartaquistas

O Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (Partido Spartaquista Operário de Alemanha), secção da Liga Comunista Internacional (Quarta-Internacionalistas), continua as tradições marxistas revolucionárias de Lenine, Luxemburg e Liebknecht. Nós lutamos pelo programa comunista e os ideais da revolução bolchevique os quais foram pervertidos e traídos pelo estalinismo durante dezenas de anos.

Desde Outubro 1917 o capitalismo tentou em destroçar as conquistas históricas mundiais da Revolução Russa. A burocracia estalinista resultou e alimentou-se das derrotas proletárias, principalmente da Revolução Alemã. O dogma de Stalin do “socialismo num só país” é uma mentira nacionalista e anti-socialista com objetivo de conciliar o imperialismo. Para conseguir isso, a burocracia sabota as lutas revolucionárias em escala internacional e despoja a classe operária do poder político no próprio país.

Fiel ao programa da Internacional Comunista de primeira fase, o trotskismo significa revolução mundial socialista. Nós apelamos à revolução política proletária, à dominação dos conselhos operários em vez das burocracias estalinistas corruptas e parasitárias, as quais põem os fundamentos socialistas em perigo. Defendam as conquistas históricas da classe operária, as quais foram alcançadas pela queda do capitalismo — defendam a União Soviética contra o imperialismo e a contra-revolução interna!

A enorme pressão económica e política do capitalismo de Ocidente, com a ajuda dos social-democratas — os herdeiros dos assassinos da Rosa Luxemburg e Karl Liebknecht — têm como objetivo uma contra-revolução sangrenta na Europa de Oriente. Nós trotskistas somos contra uma reunificação capitalista de Alemanha. Não a uma república do Deutsche Bank! Um poder de conselhos na RDA inspiraria os trabalhadores na Alemanha Ocidental! — por uma Alemanha vermelha de conselhos no quadro dos Estados Socialistas Unidos da Europa!

Como internacionalistas proletários apoiamos todas as lutas de libertação anti-imperialistas dos trabalhadores e oprimidos, de El Salvador até a Africa do Sul. Nós saudamos os defensores heróicos de Jalalabad contra os mercenários homicidas da CIA em Afeganistão.

Há que lutar inexoravelmente contra toda a espécie de racismo e chauvinismo. Por frentes unitárias de operários para esmagar os fascistas! Igualdade de direitos para todos os operários imigradas!

Nós intervimos em favor do planeamento económico socializado sem parasitismo, arbitrariedade e autarquia nacional da burocracia estalinista. Através de democracia de conselhos precisa-se fixar o curso fundamental da economia e da sociedade. Comitês da fábrica precisam de vigiar a produção. Cooperativas de consumidores eleitas democraticamente têm que vigiar a qualidade e os preços de mercadorias.

Hoje a questão propõe-se mais diretamente: qual a classe que deve dominar: a burguesia ou o proletariado? O destino da RDA e de cada conquista social representada por ela esta em jogo. Nós estamos ao lado de todos aqueles que são ou foram até a pouco membros do SED/PDS estalinista mas que querem construir um mundo socialista. Nós estamos ao lado de todos aqueles que juram que os herdeiros de Hitler não devem surgir das ruínas para expropriar o que é o resultado da labuta dos operários.

A chave para isso: forjar um partido leninista-igualitário que reagrupe todas as forças revolucionárias internacionalistas numa secção alemã de uma Quarta Internacional renascida. Unam-se ao Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), formem Spartakist-Gruppen (Grupos Spartaquistas) em cada fábrica e quartel, entre a juventude, as mulheres, os operários estrangeiros, para aprender as lições das lutas revolucionárias anteriores, para intervir com uma propaganda revolucionária, para forjar um verdadeiro partido de vanguarda comunista de massas, que conduza os trabalhadores alemães na luta ao poder.

Aprender de Lenine e Trotski significa aprender a vencer!

Direcção de contacto: SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

15 de fevereiro de 1990

SPARTAKIST

Kommt zu den Veranstaltungen im Juni!
Schwarzer amerikanischer Trotzlist für Weltsozialismus



Washington, November 1982: Mobilisierung von Arbeitern und Schwarzen stoppte Faschisten

Workers Vanguard

„Freie Welt“ des verrotteten US-Kapitalismus heute

In der ganzen imperialistischen Welt gab es einen scharfen Anstieg von rassistischem und antisemitischem Terror, angefacht von einem Jahrzehnt des antisowjetischen Kriegskurses. Jetzt greift Antisemitismus und mörderischer Nationalismus in Osteuropa schockierend um sich, geschürt von kapitalistischen restaurativen Kräften.

Amerikanische Arbeiter und Minderheiten, die jetzt schon faschistischem Terror und rassistischem Polizeiterror, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Angriffen auf die Rechte der Gewerkschaften ausgesetzt sind, wissen, daß die Kämpfe gegen den kapitalistischen Anschluß der DDR auch ihre Kämpfe sind. Als Ausdruck ihrer Solidarität mit dem Kampf der werktätigen Bevölkerung in der DDR hat die Labor Black Struggle

League for Social Defense in der Region San Francisco Bay Area und Chicago Geld gesammelt, um Don Alexander, eines ihrer Führungsmitglieder, hierher zu schicken, damit er vor Arbeitern und Linken darüber reden kann, daß der Kampf der Arbeiter und Minderheiten in den USA und Deutschland ein gemeinsamer Kampf ist.

Don Alexander wurde während der Kämpfe für die Befreiung der Schwarzen Ende der 60er Jahre politisch aktiv, er wurde in den 70er Jahren für das trotzkistische Programm gewonnen. Alexander ist ein Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., und er war ein Organisator von mehreren von der SL/U.S. initiierten Mobilisierungen von Arbeitern und Schwarzen, die Faschistenaufmärsche in Großstädten der USA verhindert haben.

Berlin

Dienstag, 12. Juni 1990
 19.00 Uhr
 Humboldt Universität
 Hörsaal 2002
 Unter den Linden 6
 Berlin 1086

Bernburg

Donnerstag, 14. Juni 1990
 19.00 Uhr
 Jugendklub Zepziger Weg
 Zepziger Weg,
 Bernburg 4350

Halle

Sonntag, 16. Juni 1990
 17.00 Uhr
 Klubhaus der Gewerkschaften
 „Hermann Duncker“
 Gewerkschaftsraum im Neubau
 (4. Stock)
 Georg-Schumann-Platz 1, Halle

Eggesin

Sonntag, 17. Juni 1990
 10.00 Uhr
 Haus der Armee
 Eggesin 2112

Rostock

Montag, 18. Juni 1990
 Ort und Zeit werden noch
 bekanntgegeben

Berlin

Mittwoch, 20. Juni 1990, 19.00 Uhr
 Kulturhaus „Ernst Schneller“
 Fließstr. 3-7, Berlin 1190

Weitere Informationen bei
 SpAD Berlin, Postfach 2002
 Berlin 1026, oder
 Tel. (030) 4 92 78 66